

Sicherheitspolitik : anspruchsvoll wie noch nie

Autor(en): **Rickenbacher, Iwan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **156 (1990)**

Heft 6

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-60278>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

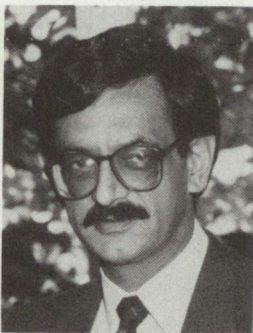
ERSCHLOSSEN EMDDOK

MF 377 1427

Sicherheitspolitik: Anspruchsvoll wie noch nie

Iwan Rickenbacher

Unsere Sicherheitspolitik ist 1973 formuliert und 1979 letztmals im Parlament diskutiert worden. Die Veränderung der europäischen Situation erfordert eine Neubeurteilung. Diese sicherheitspolitische Festlegung hat der Armee 95 und der Erneuerung der Luftwaffe im Rahmen der Armee 95 vorauszugehen.



Iwan Rickenbacher,
Generalsekretär CVP,
Postfach, 3001 Bern;
Studium: Pädagogik und Psychologie an der Universität
Freiburg, Dr. phil.;
von 1975 bis 1988 Direktor
des Lehrerseminars Schwyz;
Kdt Geb Inf Rgt 29.

1. Eine sicherheitspolitische Lagebeurteilung

Über zehn Jahre sind es her, dass unser Parlament einen Zwischenbericht zur Kenntnis genommen und diskutiert hat. Bis vor wenigen Monaten stellte kaum jemand die Lagebeurteilung 1979 und die daraus resultierenden Folgerungen in Frage.

Die militärische Bedrohung aufgrund des Gegensatzes zwischen den zwei Machtblöcken bildet im Bericht 1979 ein Schwergewicht.

Hingewiesen wird insbesondere auf die verkürzten Vorwarnzeiten aufgrund rascherer Bereitstellung und erweitertem Aktionsradius insbesondere der Luftkriegsmittel. Angenommen wird 1979 eine Erweiterung des Spektrums von Anwendungsmöglichkeiten bei Nuklearwaffen, eine Erhöhung der Luftbedrohung und die Möglichkeit rascher und massiver Operationen von Erdstreitkräften, die sich vor allem auf moderne Kampfpanzer stützen.

Folgerichtig sah das Armeeleitbild 80 aufgrund dieser Analyse unter anderem die Erhöhung der Kampfkraft zur Bekämpfung von Panzern und die Verstärkung der Luftverteidigung vor.

2. Europa gibt sich neue Strukturen

Heute stehen wir, so meine ich, vor einer neuen Ausgangslage. Nicht so, dass die in Europa und weltweit angeereicherten Waffenarsenale verschwunden wären. Nicht so, dass die Stäbe und Truppen, welche diese Waffenarsenale zu aktivieren wissen, abgebaut wären. Aber Europa schickt sich an, die in Jalta und Potsdam fest-

gelegte Nachkriegsordnung zu korrigieren.

Dieser Prozess begann mit der gewerkschaftlichen Resolution in Polen, fand seine Fortsetzung mit der durch die Staatspartei verordneten Reform in Ungarn und erlebte dramatische Höhepunkte in der DDR, in der Tschechoslowakei und in Rumänien. Voraussetzung war der von Gorbatschow eingeleitete Reformkurs in der Sowjetunion, der eine desolate wirtschaftliche Situation sanieren helfen soll.

Die Ausrichtung der Wirtschaft auf Schwer- und Rüstungsindustrie erfuhr im militärischen Engagement der Sowjetunion in Afghanistan Grenzen, die letztlich zu einem wenig ruhmreichen Rückzug führten. Noch schmerzlicher waren die Verluste an Menschenleben und die Erfahrung der Ausstrahlungskraft islamisch-fundamentalistischer Strömungen auf die eigene Bevölkerung im Grenzraum.

Die Nationalitätenfrage in der Sowjetunion wurde in den südlichen, islamisch orientierten Republiken virulent, bevor sie sich in den baltischen Republiken und unter anderen Vorzeichen zu regen begann. Die südliche Sezession ist unter verschiedenen Gesichtspunkten brisant, auch unter dem der Tatsache, dass jeder vierte oder fünfte Unteroffizier der Roten Armee islamischer Herkunft sein soll.

3. Die militärische Bedrohung in Europa verändert sich

Die politischen Prozesse in Mittel- und Osteuropa bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Streitkräfte. Ungarn und die Tschechoslowakei erwirken den Rückzug sowjetischer Truppen. Dass deren Repatriierung nicht rascher verläuft, hat wenig mit schlechten Absichten, aber viel mit dem Problem zu tun, für die Truppe und ihre Angehörigen im eigenen Land Wohnraum und Arbeit zu finden.

Die augenfälligsten Auswirkungen auf die Armee sind in der DDR feststellbar, wo sich die Nationale Volksarmee in Teilen aufgelöst hat und wo angesichts der bevorstehenden Vereinigung Deutschlands eine Umkehr dieses Prozesses undenkbar erscheint. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Polen bisher auf ein Gesuch zum Rückzug sowjetischer Truppen verzichtet hat, nicht zuletzt aufgrund der offenen Grenzfrage zu Deutschland.

Die Vereinigung Deutschlands wirft neue Fragen nicht nur für den Warschauer Pakt, sondern auch für die NATO auf, deren Konzept der Vorverteidigung in einem geeinten Deutschland korrigiert werden muss.

Gewiss, stabiler ist die Situation in Europa in den letzten Monaten nicht geworden. Die Destabilisierung ist aber nicht so, dass daraus eine erhöhte militärische Gefahr abgeleitet werden könnte.

4. Neue Risiken

Die neuen Risiken für die Schweiz sind vorerst nicht militärischer Natur. Was wird, wenn morgen die lange unterdrückten Hoffnungen der Völker Mittel- und Osteuropas auf wirtschaftliche Gesundung nicht erfüllt werden können? Was wird, wenn die Nationalitäten-Konflikte in Jugoslawien zu einem Auseinanderbrechen dieses Staates führen und Tausende von Menschen in Westeuropa ihr Überleben suchen? Die Möglichkeit einer panikartigen Völkerwanderung von Ost nach West, ohne Vorwarnzeit, ist denkbar. Wie tief das Misstrauen der Menschen sitzt, zeigt das Beispiel der DDR, wo selbst nach den Wahlen und mit der Vereinigung in Sicht täglich noch Hunderte von Menschen die Staatsgrenzen überschreiten und im Westen ein neues Leben beginnen wollen.

Unsere eigene Ausgangslage bezüglich Flüchtlinge und Asylsuchende ist auch nicht ungefährlich. Die Toleranzschwelle gegenüber Flüchtlingen hat generell in den letzten Jahren abgenommen. Auch darum ist das Risiko unkontrollierbarer Flüchtlingsströme aus Osteuropa nicht zu unterschätzen.

Gleichzeitig erleben wir eine demographische Revolution in Afrika, die alle Dimensionen sprengt. Das Bevölkerungswachstum von Ägypten bis Marokko macht viele Hoffnungen auf wirtschaftliche Stabilisierung zunichte. Wer aus einer europäischen Stadt nach Nordafrika fährt, gewinnt den Eindruck, in Algerien und anderswo sei den ganzen Tag über Schusswechsel. Die Strassen sind voller junger Menschen.

In Frankreich und teilweise auch in Italien und Spanien sind die Folgen dieser Bevölkerungsexplosion bereits feststellbar. Denkbar ist ein Zustand, wo Tausende von afrikanischen Boat-Peoples in Europa Aufnahme suchen, um Elend, Not, vielleicht auch politischen Auseinandersetzungen zu entfliehen.

5. Europäische Zusammenarbeit ist gefragt

Diesen neuen Risiken, deren Anzeichen bereits feststellbar sind, lässt sich nicht allein auf nationaler Ebene begegnen. Die enge Zusammenarbeit der entwickelten westeuropäischen Staaten ist erforderlich, um auf wirkungsvolle Art und Weise die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen dieser Entwicklungen zu beheben.

Die Frage des Verhältnisses der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft erhält damit auch ausserhalb des Problems einer europäischen politischen Union eine sicherheitspolitische Dimension.

Dies stellt keine willkürliche Ausweitung des Begriffes «Sicherheitspolitik» dar, denn schon 1973 und 1979 ist der wirtschaftlichen Bedrohung im Rahmen der Sicherheitspolitik unseres Landes Gewicht zugemessen worden.

Bewusster wird uns, dass die Bedrohung oder besser die Risikolage aufgrund des wirtschaftlichen Ungleichgewichts in Europa und zur südlichen Hemisphäre zusätzliches Engagement und zusätzliche Mittel erforderlich machen, welche in den nationalen Haushalten nicht oder ungenügend vorhanden sind. Damit zu rechnen, dass die künftigen Aufwendungen für Wirtschaftshilfe im Ausland einzig durch weiteres Wirtschaftswachstum finanzierbar seien, dürfte verfehlt sein. Finanzielle Umlagerungen im Bundeshaushalt werden unausweichlich sein.

6. Und die islamische Revolution

Noch nicht angesprochen habe ich die religiösen, fundamentalistischen Strömungen, die sich vor allem in den islamischen Staaten entwickeln und deren Exponenten zu Hoffnungsträgern der jungen Generation werden. Die kriegsrische Auseinandersetzung zwischen Iran und Irak hat aufgezeigt, welche Dimensionen historische Gegensätze und begrenzte Konflikte erhalten können, wenn zusätzlich religiöse Motive eine Rolle spielen.

Wir haben uns mit dem Islam und der Denkweise in der islamischen Tradition wenig beschäftigt. Bevölkerungsexplosion und religiöser Fundamentalismus zusammen können die Grundlage für neue Konflikte bilden.

Dabei vergessen wir oft, dass zum Beispiel Berlin heute schon nach Istanbul, Ankara und Izmir die viertgrösste türkische Stadt ist mit über 250 000 zu meist islamischen Bewohnern. Konflikte zwischen den europäischen Staaten und den Herkunftsländern dieser starken Immigrantengruppen erhalten sofort und unmittelbar eine innenpolitische Dimension.

7. Auf dem Weg zur Armee 2000

Diese wenigen und unvollständigen Überlegungen zur sicherheitspolitischen Lage zeigen auf, dass die Diskussion um die Armee 2000 nicht isoliert von Fragen der Aussenwirtschaft, der europäischen Integration, der Aussenpolitik generell erfolgen kann.

Mit dem Begriff der Gesamtverteidigung ist unser sicherheitspolitisches Denken zwar auf die Vernetzung von Aussenpolitik, Armee, Zivilschutz, Landesversorgung, Aussenwirtschaftspolitik, Information, psychologische Abwehr und Staatsschutz ausgelegt. In der Praxis allerdings bleibt die Vernetzung oft Wunschdenken. Gelegentlich machen Reibungsverluste – ob bei Kompetenzregelungen in der Katastrophenhilfe, ob bei Einsatzzprioritäten zwischen Armee und Zivilschutz, ob auf anderen Gebieten – schlagartig deutlich, dass in allen Bereichen der Gesamtverteidigung globales Denken noch sehr entwicklungsfähig ist.

Dies gilt auch für die Armee, die in sich selbst Gefahr läuft, zwischen Waffengattungen und Armeekorps die gemeinsame Doktrin zu verlieren.

Die Erneuerung unserer Flugwaffe, ein Unternehmen von erheblicher Bedeutung, geht es doch um ein Rüstungsvorhaben von noch nie erreichtem finanziellem Umfang, ist ein Beispiel dafür, wie notwendig vernetztes, integriertes Denken ist.

Reaktionen auf die Forderung nach einer gründlichen Lagebeurteilung, nach einer Abwägung der Risiken und einer entsprechenden Zuweisung der beschränkten finanziellen Mittel aber lassen erkennen, wie weit wir als Bürger und Soldaten zum Teil von solchen Denkansätzen entfernt sind. Öffentliche Verlautbarungen zur Sicherheitspolitik wecken nämlich kontroverse Reaktionen zwischen Zustimmung durch Zweisterngeneräle und Parteiaustrittsdrohungen von Angehörigen der Flieger- und Flab-Truppen, aber auch gleichzeitige Protestschreiben

von Armeebefürwortern wie von Armeegegnern.

Es mag ein Trost sein, dass nicht nur wir, dass auch andere Armeen zurzeit neue Grundlagendiskussionen führen. Unsere Situation ist insofern speziell, als bei uns das Volk in der Referendumsdemokratie mitbestimmt.

Am 26. November 1989 hat das Volk in Kenntnis von Umwälzungsprozessen in Europa für die Erhaltung der Armee gestimmt. Aus diesem Votum eine Generalvollmacht für den Ausbau der Armee abzuleiten, wäre falsch. Auf dem Weg zur Armee 2000 ist aufzuarbeiten, was sich in Europa bewegt, ist darzulegen, welche Folgerungen zu ziehen sind, und es ist ein Armeeleitbild zu beschreiben, das auf die Lagebeurteilung antwortet.

In diesem Rahmen und nur so ist auch die Erneuerung der Flugwaffe zu beschreiben und zu integrieren. Die unmittelbare militärische Bedrohung ist zum Glück derart, dass diese notwendige geistige Aufarbeitung Zeit hat. Forcieren kann nur zur politischen Bruchlandung führen. Dann aber wird die Piste für einen Neustart längere Zeit unbrauchbar sein. ■

Militärwissenschaftliche Vorlesungen an der Universität Bern

Im Sommersemester 1990 liest Dr. Laurent F. Carrel im Hörsaal 47 des Hauptgebäudes über:

Hintergründe und Folgen des sowjetischen Truppenrückzuges aus Afghanistan im globalstrategischen, regionalen und militärischen Bereich

Aktuelle sicherheitspolitische Ereignisse

Die Vorlesung ist öffentlich. Sie beginnt am 24.4.1990 und findet jeden Dienstag von 17.15 – 18.00 Uhr statt. In der Vorlesung werden folgende Themen behandelt:

- Die sowjetische Beurteilung der Lage während der Kriegsjahre bzw. vor und nach dem militärischen Rückzug.
- Die sowjetische Kriegführung in Afghanistan: Eine Fülle von Erkenntnissen aus dem strategischen, operativen, taktischen und wehrpsychologischen Bereich soll aus sowjetischer Sicht bewertet und in den politisch-militärischen Gesamtzusammenhang des Konfliktes gestellt werden.
- Die globalstrategische Dimension: die Auswirkungen des Krieges bzw. des Rückzuges auf die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung Chinas.
- Die regionale Dimension: die Wechselwirkungen zwischen dem Afghanistankrieg, der Außen- und Innenpolitik von Pakistan, Afghanistan, Iran, Indien, China und der Sowjetunion.

In regelmässigen Folgen werden in der Vorlesung auch die aktuellen sicherheitspolitischen Ereignisse in Europa diskutiert.

Dr. iur. Laurent F. Carrel, Fürsprecher, ist u. a. Mitglied des «Schweizer Arbeitskreises Militär und Sozialwissenschaften, SAMS»; «International Institute for Strategic Studies, IISS, London»; «United States Strategic Institute, Washington D.C., USA, und der Schweizerischen Friedensstiftung.

Von Mensch zu Mensch.

Unsere Mitarbeiter.



Willi Bärtschi,
Leiter Zahlungsverkehr bei der SBG.

